

13. I. 1917

**Wohnungsfrage und Uebergangswirtschaft.** Es unterliegt für Kenner der Verhältnisse keinem Zweifel mehr, daß wir nach Friedensschluß beim Zurückströmen Hunderttausender von Familienvätern aus dem Felde, bei der dann bevorstehenden Gründung zahlreicher selbständiger Haushaltungen von Kriegsgetrauten und neu in die Ehe Eintretenden an vielen Orten einem empfindlichen Mangel an kleinen Wohnungen gegenüberstehen werden. Fragt man sich nun, was denn heute geschieht, um dem vorzubeugen, so ergeben sich vorläufig wenig erfreuliche Aussichten. Zwar sieht der zurzeit dem preußischen Abgeordnetenhaus vorliegende Gesetzentwurf über die staatliche Verbürgung zweiter Hypotheken Mittel im Betrage von 100 Mill. M. vor, die für die Finanzierung von Wohnungsbauten hoffentlich rechtzeitig zur Verfügung stehen werden. Im übrigen gilt es aber noch Schwierigkeiten der mannigfachsten Art aus dem Wege zu räumen. Zurzeit liegt betänlich das Wohnungsbau-gewerbe so gut wie ganz darnieder. Es fehlt an Material, um zu bauen, es fehlt an Arbeitskräften, es fehlt auch vielfach an den berufenen Stellen — und das werden zunächst bei der augenblicklichen Lage des privaten Unternehmertums in vielen Fällen öffentlich-rechtliche Körperschaften und gemeinnützige Baugesellschaften und Baugenossenschaften sein müssen —, an der organisierten Vorarbeit, die es ermöglicht, im gegebenen Augenblick ungesäumt ans Werk zu gehen. Das ist nur möglich, wenn das erforderliche Bauland rechtzeitig bereitgestellt wird, wenn die Gemeinden mit der Aufschließung, mit den Siedlungs- und Bebauungsplänen fertig sind, wenn die Baupläne bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet daliegen und wenn vor allem eine Stelle alle diese Pläne kennt, zusammenfaßt und ausgleicht, so daß nirgends einer dem andern entgegenarbeitet, daß das ganze Werk nach einheitlichem Plane in Angriff genommen wird. Hier ist ein ungeheuer wichtiges Problem für die Uebergangswirtschaft gegeben: hier kreuzen sich auch die Aufgaben der drei Hauptfragen der Uebergangswirtschaft: Rohstofffrage, Geldfrage und Arbeiterfrage. Soweit muß die Rohstoffbeschaffung noch während des Krieges in Angriff genommen werden, daß am Tage des Friedensschlusses Baumaterial vorhanden ist; wo nicht für die Kriegszeit wichtigere, dem Kriegsbedarf dienende Arbeiten unbedingt erforderlich sind, müssen die Kriegsgefangenen hierzu herangezogen werden. Soweit muß ferner in der Geldfrage schon während des Krieges vorgearbeitet sein, daß am Tage des Friedens die Kreditorganisation vorhanden ist, um auf gesunder Grundlage das Baugeld bereitzustellen. Soweit schließlich muß der Plan für die Unterbringung der heimkehrenden Krieger in Lohn und Arbeit fertiggestellt sein, daß die Arbeitskraft der Heimkehrenden sofort diesem Zweige der Uebergangswirtschaft nutzbar gemacht werden kann. — Daß die hiermit kurz angedeuteten Fragen ungesäumt in Angriff genommen und daß zu ihrer schleunigen Durchführung alle Kräfte mobil gemacht werden, scheint uns im Interesse der Gesunderhaltung und Erstarkung der deutschen Volkskraft, als deren Grundbedingung die Gesundung des Wohnwesens angesehen werden muß, eine der vornehmsten Aufgaben der Uebergangswirtschaft zu sein.